

Axel Troost/Thomas Händel (Hrsg.)

Von der Sozialstaats- partei zur neuen LINKEN



VSA:

Eine Geschichte der **Wahlalternative**
Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)

Axel Troost/Thomas Händel (Hrsg.)
Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN

Die Herausgeber und AutorInnen

Dr. Axel Troost, 1954, Volkswirt, seit 1981 Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und seit 1984 geschäftsführender Gesellschafter des Progress-Instituts für Wirtschaftsforschung (PIW GmbH) in Bremen und Berlin, seit 2005 MdB, seit 2012 stellv. Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

Thomas Händel, 1953, Elektromechaniker, Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt a.M., dort Assistent für den Lehrbetrieb u.a. von Wolfgang Abendroth, 1987 Geschäftsführer der IG Metall in Fürth sowie Mitglied des Beirats der IG Metall, seit 2007 stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung, seit 2009 MdEP.

Prof. Dr. Frank Deppe, 1941, bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Phillips-Universität Marburg, von 2012 bis 2014 Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Berlin).

Dr. Paul Lucardie, 1946, Montesquieu Institut Den Haag, zahlreiche Veröffentlichungen zu Parteien Westeuropas und zu politischen Parteien generell.

Helge Meves, 1961, Schriftsetzer, Soziologe und Philosoph, seit 2005 Sekretär Steuerungsgruppe zur Fusion Linkspartei.PDS und WASG, seit 2007 Referent Strategie & Grundsatzfragen Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE.

Dr. Jochen Weichold, 1948, studierte Geschichte und Germanistik, arbeitete viele Jahre als Politikwissenschaftler. 1999 bis 2013 Leiter des Archivs Demokratischer Sozialismus (ADS) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Murat Çakır, 1960, Pressesprecher sowie Vorstandsmitglied der WASG, Bundesvorsitzender der Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF) und Bundesvorsitzender der Ausländerbeiräte Deutschlands.

Anny Heike, 1948, Groß- und Außenhandelskauffrau, Betriebswirtin, 1979 bis 1989 Sprecherin des Fürther Friedenskomitees, seit 1990 Gewerkschaftssekretärin und seit 1992 Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Verwaltungsstelle in Fürth.

Heidi Scharf, 1953, Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Schwäbisch Hall, Mitglied in den Bundesvorständen der WASG und LINKEN.

Axel Troost/Thomas Händel (Hrsg.)

Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN

Eine Geschichte der Wahlalternative Arbeit
und soziale Gerechtigkeit (WASG)

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: WASG-Parteitag am 24.3.2007 in Dortmund

(Foto: Franz-Peter Tschauner dpa/lnw)

Die in diesem Band abgedruckten Karikaturen stammen von Klaus Stuttmann.

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-712-8

Inhalt

Murat Çakır/Anny Heike/Thomas Händel/Heidi Scharf/Axel Troost
Vorwort 7

Frank Deppe
Einleitung 8

Helge Meves
Ein Gespenst kehrt zurück 22
Die Entstehung der WASG aus der Standortdebatte
der 1990er Jahre und dem Protestjahr 2004

Globalisierung und demografischer Wandel – die neoliberale Agenda
der 1990er 26 | Die Entstehung der beiden Alternativen und ihre
ersten Aufrufe 36 | Exkurs: Das Verhältnis zur PDS 42 | Protest-
zyklus und Landtags- sowie Europawahlen 2004 48 | Von den Auf-
rufen über den Kongress bis zur Vereinsgründung 53 | Von der Ver-
einsgründung bis zur Urabstimmung 54

Jochen Weichold
Von der Gründung der WASG bis zur Bundestagswahl 2005 58

Die Gründung der WASG als Partei 58 | Die Landtagswahl in Nord-
rhein-Westfalen im Mai 2005 69 | Das Programm der
WASG 75 | Der Beginn der Kooperation der WASG mit der
PDS 81 | Der Sonderparteitag der WASG im Juli 2005 in Kas-
sel 93 | Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 99

Jochen Weichold
**Vom Sieg bei der Bundestagswahl 2005
bis zur Gründung der Partei DIE LINKE**..... 111

Die Bundestagsfraktion aus WASG und Linkspartei.PDS als Experi-
mentierfeld für die neue Linkspartei 111 | Wichtige Schritte auf dem
Weg zur neuen Linkspartei 115 | Innerparteiliche Opposition gegen
eine Vereinigung mit der Linkspartei.PDS 121 | Gemeinsame Wahl-
kämpfe und Aktionen gegen die Agenda-Politik 126 | Die Debatten
auf dem WASG-Parteitag in Ludwigshafen im April 2006 135 | Die

Diskussionen auf dem WASG-Parteitag in Geseke im November 2006 153 | Die Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS in Dortmund im März 2007 159 | Der Außerordentliche Parteitag der WASG und der Vereinigungsparteitag mit der Linkspartei.PDS zur Partei DIE LINKE im Juni 2007 166

Jochen Weichold

Zur Organisationsfrage, zur Mitgliederentwicklung und -struktur der WASG und zu ihrer Wählerstruktur 173

Zur Organisationsfrage als politisch-strategisches Konzept 173 | Zur Organisationsfrage als Satzungsfrage 180 | Die Mitgliederentwicklung der WASG 190 | Zur Mitgliederstruktur 193 | Zur Wählerstruktur 196

Paul Lucardie

Die WASG im europäischen Kontext: die vierte Generation der sozialistischen Parteienfamilie? 202

Entstehungsgeschichte von fünf Schwesterparteien der WASG 203 | Programmatischer Vergleich 206 | Wahlergebnisse 210 | Positionen im Parteiensystem 211 | Fazit 214

Anhang

1. Zeittafel zur Geschichte der WASG 216
 2. Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) des Vereins Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) 220
 3. Parteitage der WASG 220
 4. Zusammensetzung des Bundesvorstandes des Vereins WASG 220
 5. Zusammensetzung des Bundesvorstandes der Partei WASG 221
 6. WASG-Mitglieder unter den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, 16. Wahlperiode 224
 7. Organigramm des Geschäftsführenden Bundesvorstands der WASG (Stand Ende November 2006) 225
 8. Zeitliche Planung der Entwicklung der WASG für das Jahr 2004 226
- Dokumente zur Geschichte der WASG 227

Vorwort

Wozu ein (Geschichts)-Buch über eine Partei, die es nicht mehr gibt?

Nun, die kurze Geschichte der WASG ist nichts anderes als ein bemerkenswerter Meilenstein in der Geschichte der deutschen Linken. Ihre Gründung war nicht nur die erste erfolgreiche Konstituierung einer linken Partei im Westen der Republik. Sie hat Zeichen gesetzt und war Triebfeder für die Gründung der ersten gesamtdeutschen Partei der LINKEN und hat(te) politische Wirkung.

Die Wege in die WASG und in DIE LINKE wurden zuerst in dem Interview-Band »Was war? Was bleibt?« von Klaus Ernst, Thomas Händel und Katia Zimmermann (VSA 2012) aus verschiedenen Sichtweisen beschrieben.

Der vorliegende Band schildert nun detailliert den Prozess vor und während der Entstehung des Vereins und der Partei im Kontext der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Er eröffnet einen umfassenden Blick auf die Intentionen, aber auch die Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten dieser sehr stürmischen Zeit.

Häufig stellt man uns – stellen wir uns – die Frage: »Würden wir das nochmals tun?« Die Antwort ist ein klares »Ja«! Und sei es nur im Sinne des großen Historikers Jürgen Kuczynski, der in einem Interview einmal formulierte: »Die Geschichte verläuft im Zickzack-Kurs und es kommt darauf an, dass es genügend Menschen gibt, die sich, wenn es erforderlich ist, zusammentun, um zu verhindern, dass es zu weit ›Zack‹ macht...«

Dieser Anspruch bleibt. Auch – gerade jetzt, zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Buches – für die Partei, in die die WASG eingegangen ist.

Ein weiterer Anspruch bleibt aber auch: zu streiten für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Und da ist mehr zu tun.

Unser großer Dank gilt den Autoren dieses Buches und allen, die zu seiner Realisierung beigetragen haben.

*Murat Çakır
Anny Heike
Thomas Händel
Heidi Scharf
Axel Troost*

Frank Deppe

Einleitung

Im Jahr 2012 gaben Klaus Ernst, Thomas Händel und Katja Zimmermann im VSA: Verlag ein Buch mit dem Titel »Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE« heraus. Im Mittelpunkt dieses Textes stehen Interviews mit führenden Vertreterinnen und Vertretern jener Gruppen, die seit dem Frühjahr 2004 das Projekt verfolgten, links von der SPD eine »Wahlalternative« zu schaffen, die für »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« kämpft. Dieser Prozess führte zunächst zu einem Wahlbündnis mit der PDS, das bei der Bundestagswahl im September 2005 8,7% der Zweitstimmen und 54 Mandate erreichte. Die Partei DIE LINKE als Fusion von WASG und PDS wurde schließlich im Juni 2007 gegründet. Damit war die kurze Geschichte der WASG formell beendet.

Zur WASG bekannten sich überwiegend Mitglieder der SPD, linke Gewerkschafter (im Süden vor allem aus der IG Metall, im Norden überwiegend von ver.di) und linke Ökonomen und Sozialwissenschaftler, u.a. aus dem Zusammenhang der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (»Memo-Gruppe«) sowie der Hamburger Zeitschrift »Sozialismus«. Bis zum Zusammenschluss mit der PDS konnte sich die WASG der Aufmerksamkeit durch die Medien sicher sein. Mit dem Schröder-Blair-Papier, dem Rücktritt von Oskar Lafontaine als Finanzminister der rot-grünen Koalition und als SPD-Parteivorsitzender sowie der »Agenda 2010« provozierte die SPD unter Gerhard Schröder eine weitere Welle von Austritten aus der Partei, die schon mit der Unterstützung des Krieges der NATO gegen Jugoslawien im Jahr 1999 eröffnet worden war. Der Konflikt zwischen den DGB-Gewerkschaften und der SPD, der durch die Rentenpolitik, den Umbau der Arbeitslosenversicherung (Hartz IV), die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, schließlich auch durch die Steuerpolitik zugespitzt wurde, erhöhte die Chancen einer linkssozialistischen Formation, bei den Wahlen relevante Teile der Stammwählerschaft der SPD unter den lohnabhängig Arbeitenden, vor allem der Gewerkschaftsmitglieder, zu gewinnen. In der gemeinsamen Partei DIE LINKE gelangten führende Köpfe der WASG auch in Spitzenpositionen (Klaus Ernst, Werner Dreibus, Thomas Händel). Die Aktivisten dieser Gründungsperiode wie auch die führenden Köpfe der PDS, die den Fusionsprozesse aus dem Osten unterstützten, werden in naher Zukunft altersbedingt in den Hintergrund treten. Lothar Bisky, der die –



keineswegs konfliktfreie – Fusion als Vorsitzender der PDS klug moderiert hatte, ist bereits 2013 verstorben.

Nunmehr liegt ein zweiter Text vor, der der Geschichte der WASG gewidmet ist. Helge Meves (Mitbegründer der WASG) und Jochen Weichhold (bis 2013 Leiter des Archivs Demokratischer Sozialismus bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung) rekonstruieren minutiös den politischen Prozess zwischen den Jahren 2004 und 2007. Von Meves stammt außerdem ein einleitender Beitrag zu den Entstehungsbedingungen der WASG aus den ideologisch-politischen Konstellationen zwischen dem Ende des Kalten Krieges (1991) und der Amtszeit der Schröder-Fischer-Regierung (Siegeszug des Neoliberalismus, Anschluss der DDR). Der niederländische Parteienforscher Paul Lucardie stellt die Entwicklung der WASG und der Partei DIE LINKE in den Zusammenhang der Formierung neuer Kräfte der Linken in Westeuropa.¹

¹ Er stellt den Rot-Grünen Einheitsblock (Dänemark), den Parti de Gauche (Frankreich), Podemos (Spanien) und Syriza (Griechenland) vor. Die Veränderungen der jüngsten Zeit (Syriza als Regierungspartei in Griechenland; die Wahlerfolge von Podemos in Spanien, aber auch die Krise des Front de Gauche in Frankreich) machen allerdings darauf aufmerksam, dass dieser Prozess der Formierung einer Neuen Linken in Europa äußerst diskontinuierlich verläuft und mit zahlreichen Hindernissen und Rückschlägen konfrontiert ist. Die kontinuierliche parlamenta-

Im Anhang folgen eine Zeittafel und Dokumente. Für die Parteienforschung in Deutschland stellen die beiden Bücher über die WASG auf jeden Fall eine unverzichtbare Quelle dar.

Was aber macht die WASG nicht nur für Parteienforscher, sondern für die Geschichte wie für die aktuelle Politik der Linken in Deutschland interessant? Die Mitglieder der SPD, die öffentlich für die WASG warben, wurden sofort aus der Partei ausgeschlossen. Der Parteivorstand war wahrscheinlich davon überzeugt, dass sich das »Häuflein« von Linksabweichlern schnell in der Bedeutungslosigkeit verlaufen würde; denn nach 1949 konnte sich keine Partei erfolgreich links neben der SPD etablieren. Seit den 1950er Jahren waren immer wieder Kritiker vom linken Flügel aus der Partei ausgeschlossen worden (z.B. Gerhard Gleissberg und Viktor Agartz²). Im Zeichen des KPD-Verbots und im allgegenwärtigen Klima des Antikommunismus scheiterten verschiedene Versuche einer Organisation der Linksozialisten,³ die sowohl vom Verfassungsschutz als auch von der Exil-KPD in Ostberlin – wenn auch mit gegensätzlichen Motiven – mit Misstrauen betrachtet wurden. Links von der SPD befand sich der »politische Abgrund«.

rische Präsenz der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag, in den Medien, auf der kommunalen Ebene, durch die Tätigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung usw. steht daher im internationalen Vergleich für eine Ausnahmeposition.

² Gerhard Gleissberg (1905-1973) war bis 1955 Chefredakteur des *Neuen Vorwärts* (der SPD), nach seinem Ausschluss aus der SPD leitete er *Die Andere Zeitung*; Viktor Agartz (1897-1964) war bis 1955 Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, er galt als »Chefideologe des DGB«, 1957 wurde er in einem Prozess wegen landesverräterischer Beziehungen zur DDR angeklagt, 1958 aus der SPD und dem DGB ausgeschlossen. Er gab eine Zeitschrift heraus (»Wiso-Korrespondenz«), die von vielen Gewerkschaftern gelesen wurde, und beteiligte sich an der Gründung der Vereinigung Unabhängiger Sozialisten (VUS).

³ Der Begriff Linksozialismus wurde für die sogenannten Zwischengruppen verwendet, die sich schon vor 1933 (z.B. KPO, SAP) aus ehemaligen Kommunisten sowie aus ehemaligen Sozialdemokraten bzw. Sozialisten gebildet hatten. Seit den 1960er Jahren gab es solche Parteien in Frankreich (PSU), Italien (PSIUP), Dänemark (SVP) – zur gleichen Zeit (seit 1956) entwickelte sich die »Neue Linke« (Gründung der Zeitschrift »New Left Review« mit Perry Anderson und des »Socialist Register« mit Ralph Miliband in Großbritannien) als eine eigenständige intellektuelle Strömung, die sich vorerst nicht auf eine eigene Parteigründung orientierte. Vertreter dieser Richtung spielten dann in den Bewegungen nach 1968 eine wichtige Rolle. Vgl. für die BRD z.B. Richard Heigl, Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken, Hamburg 2008.

Auch Anfang der 1960er Jahre wurden Mitglieder des SDS und dessen Förderer (Wolfgang Abendroth, Ossip K. Flechtheim, Joachim Heydorn und andere Professoren) aus der Partei ausgeschlossen. Doch diesmal unterschätzte die SPD-Führung die Folgen. Der SDS entwickelte sich zum wichtigen Träger der außerparlamentarischen Opposition (APO), der in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze, in der Friedensbewegung («Ostermärsche») und in der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg der USA, auch mit ihrer Kritik am Bildungswesen («Hochschule in der Demokratie») den »großen Aufbruch« der Jugend- und Studierendenbewegungen nach 1968 vorbereitete und zeitweilig anführte. Die SPD konnte mit der Kanzlerschaft von Willy Brandt und den Reformversprechen der sozialliberalen Koalition einen Teil dieser Jugendbewegung für sich gewinnen. Die Jusos der 1970er Jahre bekannten sich unter Gerhard Schröder oder Heidemarie Wieczorek-Zeul zum Sozialismus; die »Stamokap-Jusos« und der (ebenfalls aus der SPD ausgeschlossene) Studierendenverband SHB praktizierten sogar Bündnisse mit den Kommunisten, die seit 1968 mit der DKP wieder eine (halb-legale) Partei hatten. Dennoch verlor die SPD in diesen Jahren dauerhaft einen bedeutenden Teil ihres Mitglieder- und Wählerpotenzials unter den Jungen und Intellektuellen. Diese orientierten sich entweder auf die neuen sozialen Bewegungen und/oder auf kommunistische Parteien (davon gab es zeitweilig ziemlich viele). Schließlich wurden die Gründung der Partei DIE GRÜNEN (Januar 1980) und deren Erfolge bei den Wahlen seit dem Ende der 1970er Jahre durch die Ökologie- und Anti-AKW-Bewegungen angestoßen.

Damit verlor die SPD eine – am Anfang noch links orientierte – Gruppe von Wählerinnen und Wählern: jüngere Menschen mit einer gehobenen Ausbildung, die noch in den 1960er Jahren überwiegend SPD gewählt hatten. Auch unter den Intellektuellen, die die SPD und Willy Brandt unterstützt hatten, verschob sich die diskursive Hegemonie nach links. Diese Veränderungen wurden durch internationale Ereignisse gefördert: den »Pariser Mai« des Jahres 1968, die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten gegen den »Prager Frühling« 1968; den Pinochet-Putsch gegen den Sozialisten Salvador Allende in Chile; den Sturz der Diktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal; die portugiesische Revolution und ihre Niederlage; den Sieg der vietnamesischen Befreiungsbewegung FNL; den Aufschwung des »Eurokommunismus« in Italien, Frankreich und Spanien sowie die Wellen der großen Streikbewegungen, die nach 1968 durch Westeuropa schlugen – vor allem in Frankreich, Italien und Großbritannien, schwächer auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Gewerkschafter, die 2004 das Projekt der WASG auf den Weg brachten, waren durch diese Jahre geprägt, in denen weltweit neue soziale Bewegungen einen Aufschwung erlebten, aber auch die parteipolitische Linke und die Gewerkschaften erstarkten. Sie gehören einer Nachkriegsgeneration an, die in den 1950er und 60er Jahren geboren wurde.⁴ Mitte der 70er Jahre hatten sie ihre Berufsausbildung abgeschlossen, waren der Gewerkschaft und der SPD beigetreten. Im Betrieb engagierten sie sich als Jugendvertreter oder als Betriebsräte. Nachdem sie sich weiter qualifiziert hatten (an der Frankfurter Akademie der Arbeit, AdA,⁵ oder an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik, HWP) wurden sie hauptamtliche Funktionäre, die meisten von ihnen bei der IG Metall. Einige waren zeitweilig als Lehrer an einer der Schulen der IG Metall tätig. Kapitalismuskritik, Kenntnisse über die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus gehörten in den 1970er Jahren zum selbstverständlichen Bildungsprogramm dieser Gewerkschaftsschulen.

Die Geschichtsdebatten der damaligen Zeit waren eine wichtige Schule der Wissensaneignung und politischen Bewusstseinsbildung. Gleichzeitig hatten die jungen Gewerkschafter Kontakte (gelegentlich auch freundschaftliche Beziehungen) zu linken Hochschullehrern, die an der Entwicklung von Konzeptionen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit beteiligt waren und/oder gewerkschaftliche Positionen im Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, der Wirtschaftsdemokratie oder des Streikrechts unterstützten.

Diese »Bildungsarbeiter« (wie sie gelegentlich genannt wurden) engagierten sich in den Kämpfen der Gewerkschaftsjugend, in den Streikbewegungen, in den Auseinandersetzungen um Bildungsreform, Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeit; gleichzeitig unterstützten sie den Kampf gegen die Berufsverbote, die »Nicaragua-Solidarität« sowie die große Friedensbewegung seit dem Ende der 70er Jahre (»Krefelder Appell«). Immer wieder gab es Druck aus den Reihen der Gewerkschaftsführungen (und

⁴ Ralf Krämer (Jg. 1960) war einer der jüngeren Sprecher der WASG. Er war seit 1976 bei den Jusos und in der SPD aktiv, Redakteur der Zeitschrift SPW, 2004 war er in der Wirtschaftsabteilung der Gewerkschaft ver.di tätig. Die Jüngste war Christine Buchholz (Jg. 1971). Sie wurde in den Studierendenbewegungen der 1990er Jahre politisiert und kam über die Gruppe »Linksruck« zur WASG.

⁵ Dort hielt Wolfgang Abendroth (nach seiner Emeritierung im Jahr 1972 bis kurz vor seinem Tode im Jahr 1984) Vorlesungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vgl. ders., Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 1, Von den Anfängen bis 1933, Heilbronn 1985.

der SPD) gegen die jungen Linken, die von der Springer-Presse, aber auch von der Führung der IG Chemie, Papier, Keramik unter ihrem Vorsitzenden Hermann Rappe verdächtigt wurden, Teil einer konspirativen »kommunistischen Unterwanderung« zu sein. In den Streikbewegungen des Jahres 1984, als die IG Metall und die IG Druck und Papier mit Unterstützung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) als Antwort auf die kontinuierlich steigende Massenarbeitslosigkeit in einem sechswöchigen Arbeitskampf den Einstieg in die 35-Stunden-Woche erkämpften, spielte diese Generation von Nachwuchsfunktionären eine tragende und radikalisierende Rolle.

Die Beziehungen zur SPD waren – nach der Euphorie der ersten Jahre der sozialliberalen Regierung – zunehmend von Enttäuschungen und Verbitterung gekennzeichnet. Nachdem Helmut Schmidt 1974 Bundeskanzler geworden war, beendete er die Reformpolitik und stellte den Kurs der Wirtschaftspolitik auf eine neoliberale Angebotsorientierung um. Gewerkschaftlichen Lohn- und Reformforderungen wurde jetzt eine Absage erteilt. Zugleich brachte er die Friedensbewegung (und eine Mehrheit in seiner eigenen Partei) gegen den »Nachrüstungsbeschluss der NATO« (den er als seine eigene »Erfindung« ausgab) auf. Die DGB-Gewerkschaften riefen 1981 zu Kundgebungen gegen Sozialabbau auf. Während der Verabschiedung des Nachrüstungsbeschlusses im Bundestag im November 1983 kam es unter dem Motto »5 vor 12« in zahlreichen Betrieben zu Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen, zu denen der DGB (auf Druck der IG Metall) aufgerufen hatte.

Als die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik 1981/82 wegen ihres Widerstandes gegen die Politik von Helmut Schmidt aus der Partei ausgeschlossen wurden, gründeten sie 1982 die Partei der *Demokratischen Sozialisten (DS)*. Nach der Aussage von Manfred Coppik, der heute dem Landesvorstand der Partei DIE LINKE in Hessen angehört, hatte dieses Projekt vor allem deshalb keine Chance, weil die SPD 1982 – mit dem Sturz der Regierung von Helmut Schmidt und dem Antritt der Kohl-Genscher-Regierung – in die Opposition geriet und seitdem propagandistisch wieder nach links rückte. Peter Glotz bemühte sich als Bundesgeschäftsführer der SPD (1981-1987) um die linken Intellektuellen. Schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Anschluss der DDR befanden sich die kommunistischen Parteien im Westen in einem Prozess des Niedergangs – nicht nur kleine Parteien wie die DKP, sondern auch die großen Massenparteien in Frankreich und Italien. Der Sieg der »neoliberalen Gegenrevolution« manifestierte sich nicht nur in Wahlergebnissen,

sondern auch in einer Schwächung der Gewerkschaften, die in verschiedenen Ländern Europas Niederlagen bei Streikauseinandersetzungen und Mitgliederverluste hinnehmen mussten. Vor diesem Hintergrund war das »Berliner Programm« der SPD von 1987, das die Handschrift des Linken Peter von Oertzen⁶ trug, ein Dokument, das von der Mehrheit der Linken in der Partei getragen wurde.

Oskar Lafontaine, prominenter Teilnehmer der Demonstrationen gegen den »Nachrüstungsbeschluss« und innerparteilicher Gegner von Helmut Schmidt, stieg – noch als Ministerpräsident des Saarlandes – zur Führungsfigur in der SPD auf. 1990 war er ihr Spitzenkandidat im ersten gesamtdeutschen Wahlkampf, 1995 bis 1999 Parteivorsitzender und schließlich – nach dem Sieg von SPD und Grünen in der Bundestagswahl 1998 – Finanzminister im Kabinett Schröder-Fischer. 1999 trat er aus Protest gegen die Unterwerfung Schröders unter das Diktat der Finanzmärkte und die Anpassung an die neoliberale Politik von Tony Blair zurück. Immerhin hatte Lafontaine beim Amtsantritt seine Absicht verkündet, die europäischen Finanzmärkte regulieren und kontrollieren zu wollen. Die »Agenda 2010«, die dann ohne großen Widerstand in der SPD (aber auch der Gewerkschaften) umgesetzt wurde, markierte ebenso wie die »Rentenreform« des ehemaligen 2. Vorsitzenden der IG Metall, Walter Riester, eine Zäsur. Die Erwartungen und Hoffnungen der Linken innerhalb und außerhalb der Partei wurden abermals bitter enttäuscht. Daher unterstützten viele linke Sozialdemokraten und Gewerkschafter zunächst das Projekt der WASG und der Partei DIE LINKE.

Die Vereinigung von WASG und PDS 2007 – also von ehemaligen Sozialdemokraten und (überwiegend) ehemaligen Kommunisten – war nicht nur vor dem Hintergrund der Spaltungen in der Arbeiterbewegung nach 1918/19 sowie der Konfrontation der Systeme im Kalten Krieg nach 1945 ein außergewöhnlicher Vorgang, der letztlich nur in Deutschland – nach dem Zusammenbruch und Anschluss der DDR an die Bundesrepublik – möglich war. Die aus der SED hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) erhielt seit den 1990er Jahren bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern zeitweilig mehr als 20% der Wählerstimmen.

Ihren Angaben zufolge war sie im Osten mit anfangs weit mehr als 150.000 Mitgliedern eine Massenpartei – bei der Fusion im Jahr 2007

⁶ Peter von Oertzen trat 2005 aus der SPD aus, war kurzfristig auch Mitglied der WASG. Die Fusion mit der PDS trug er allerdings nicht mit.

brachte die WASG 12.000, die PDS 60.000 Mitglieder in die neue Formation ein. Die PDS hatte nur bei den Bundestagswahlen 1998 die 5%-Hürde mit 5,1% knapp überspringen können (dazu kamen damals vier Direktmandate im Osten).

Sie musste also an einer Ausdehnung im Westen interessiert sein, die – auch wenn sie dort unter 5% bleiben sollte – ein gesamtdeutsches Ergebnis oberhalb der 5%-Marke ermöglichen würde. Bei den Bundestagswahlen im Jahr 2005, als einzelne Kandidatinnen und Kandidaten der WASG auf den Listen der PDS kandidierten, erreichte die Partei 8,7%. Nach der Fusion wurde bei der Bundestagswahl 2009 das bislang beste Ergebnis mit 11,9% der Zweitstimmen erreicht.

Oskar Lafontaine und Gregor Gysi waren bei den Wahlen, in den Medien, bei den Wahlversammlungen die großen Stars der neuen Partei; gleichzeitig bestätigte sich in der Großen Krise nach 2008 die Kritik der Partei am Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus. Die neue Partei, die ebenfalls im europäischen Parlament vertreten war, wurde jetzt auch international als wichtiger Beitrag zur Rekonstruktion der politischen und gesellschaftlichen Linken nach der großen Transformation und den Krisen der Linken am Ende des 20. Jahrhunderts anerkannt.

Die Gewerkschafter aus der WASG waren (und sind) in der Partei sichtbar vertreten⁷ – u.a. durch Klaus Ernst und Bernd Riexinger als Parteivorsitzende. Im Parteiprogramm von 2011 werden die Gewerkschaften als unverzichtbarer Teil eines fortschrittlichen Bündnisses anerkannt: »Für die Durchsetzung eines politischen Richtungswechsels und einer solidarischen Umgestaltung brauchen wir starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Sie agieren nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern sind auch in der Arbeitswelt verankert. Dies verleiht den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die von zentraler Bedeutung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist.« Das nach außen sichtbare Profil der Partei wird nach wie vor von den Themen »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« bestimmt.

⁷ Auch der Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, war im Westen und – nach der Wende – im Osten hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär bei der Gewerkschaft HBV. Zum Zeitpunkt der Gründung der WASG war er allerdings schon länger ein führendes Mitglied der PDS und – wie er selbst immer wieder betonte – ein »bekennender Ossi«.

Dennoch hat die »Gewerkschaftsfrage« für die gesamte Partei nicht jene Bedeutung gewonnen, die sich die Gründer der WASG erhofft hatten. Das hatte und hat verschiedene Gründe. Der Wechsel von linken, hauptamtlichen Gewerkschaftern in Führungsfunktionen der Partei ging einher mit einer Schwächung linker Positionen vor allem in den großen Industriegewerkschaften. Die Gewerkschaften waren in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in eine Position der Defensive geraten. Der Siegeszug des Neoliberalismus ging mit Mitgliederverlusten der Gewerkschaften, Machtverlust und einer erhöhten Bereitschaft zur Kooperation mit Kapital und Staat einher. Im Bereich der (vor allem exportorientierten) Industrie setzte sich unter dem Druck der »Globalisierung«, der hohen Arbeitslosigkeit sowie der Ausweitung des prekären Sektors und aufgrund von Rationalisierungsprozessen der »Wettbewerbskorporatismus« durch. Dieser zwang Betriebsräte und Gewerkschaften in ein Bündnis mit den Unternehmensleitungen zur Sicherung des »Standortes« in der globalen Konkurrenz. Gleichzeitig boten Vorsitzende von Gewerkschaften ein »Bündnis für Arbeit«, d.h. Lohnverzicht im Austausch für Beschäftigungssicherung, an. Auf der anderen Seite entstand die große Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die im staatlichen Sektor mit den Folgen der Privatisierungspolitik (bei Post, Verkehr, Gesundheitswesen) und der Austeritätspolitik konfrontiert ist. Gleichzeitig werden die Gewerkschaften mit der Feminisierung der Erwerbsarbeit, mit prekären Beschäftigungsverhältnissen – vor allem im Einzelhandel, im Erziehungs- und Pflegebereich – mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die sich kaum mit den Methoden traditioneller Gewerkschaftspolitik lösen lassen.⁸

Seit der Großen Krise von 2008 gibt es jedoch aufgrund von Mitgliederzuwächsen, von Erfolgen auf dem Feld der Tarifpolitik, der Durchsetzung des Mindestlohns und einer erhöhten Streiktätigkeit⁹ Anzeichen für ein »Comeback« der Gewerkschaften. Für diesen Aufschwung sind auch jüngere Kolleginnen und Kollegen verantwortlich, die sowohl in den Gewerkschaften als auch in der Partei aktiv sind. Die berechtigte Kritik der Linken – inner- und

⁸ Vgl. dazu u.a. Frank Deppe, *Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 70er Jahren bis heute*, Köln 2012; Ders., *Einheit oder Spaltung? Überlegungen zur Debatte um die Einheitsgewerkschaft*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen Nr. 19, Berlin 2015.

⁹ Vgl. Frank Deppe, *Revitalisierung durch Streik? Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 26. Jg., Nr. 101, September 2015, S. 96-108.

außerhalb der Gewerkschaften – an der Politik der Sozialpartnerschaft mit Kapital und Staat, an Co-Management und Standortpolitik darf allerdings nicht dazu führen, die Bedeutung starker Gewerkschaften für das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu unterschätzen. Außerdem sind die Einheitsgewerkschaften Mitgliederorganisationen, in denen sich die Linken – ob in den Betrieben oder in den Gewerkschaftsstrukturen selbst – für die Stärkung autonomer Klassenpositionen sowie für die verstärkte Wahrnehmung des politischen Mandats der Gewerkschaften – einsetzen müssen. »Arbeit und soziale Gerechtigkeit«, »gutes Leben« und »gute Arbeit« erfordern starke Gewerkschaften im Betrieb, aber auch starke Positionen der Linken in den Parlamenten!

Die Gewerkschaftsfunktionäre aus der WASG, die in DIE LINKE überwechselten, mussten schnell feststellen, dass die Partei ein eigener Apparat mit seinen Regeln, Widersprüchen und Zwängen ist, die durch den Primat der Ausrichtung auf Wahlen und die parlamentarische Arbeit, mehr noch: auf Regierungsbeteiligungen, oftmals noch verstärkt werden. Die Beteiligung an Landesregierungen im Osten bzw. in Berlin verschoben die Auseinandersetzung um »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« auf die Regierungsebene, auf der die Partei einerseits (mit Ausnahme von Thüringen) Juniorpartner ist, auf der andererseits die Zwänge der Austeritätspolitik, der knappen Kassen usw. respektiert werden. Die Ergebnisse sind daher gerade für Gewerkschafter oftmals enttäuschend. Auf der anderen Seite setzt sich die Partei im Bundestag (und auch auf der Landesebene bzw. auf der kommunalen Ebene) für Forderungen der Gewerkschaften ein. Bei der Durchsetzung des Mindestlohns z.B. hat sie als Opposition eine positive Rolle gespielt. Die Partei versteht sich zugleich als Partner der sozialen Bewegungen, in denen – vielfach berechtigt – auch kritische Positionen gegenüber der Politik der Gewerkschaftsführungen vertreten werden: Sie muss den Spagat zwischen Innen- und Außenpolitik, zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Interessenvertretung, zwischen Fraktionen und Richtungen in der Partei bewältigen, für die entweder die Regierungsbeteiligung oder die Stärkung der Oppositionsrolle und der außerparlamentarischen Bewegungen Priorität besitzt.

Das produktive Austragen solcher Spannungen – eingebettet in die Regeln und Zwänge des politischen Systems, in dem man agiert – bestimmt nun einmal das Alltagsleben der Partei.¹⁰ Den verschiedenen Feldern der

¹⁰ Dazu kommen die pathologischen Züge des politischen Lebens, die offenbar bei der Linken besonders ausgeprägt sind. Auf der einen Seite wird immer wie-

Politik muss einerseits eine gewisse Selbständigkeit und Autonomie zuerkannt werden, andererseits müssen in der Partei diese verschiedenen Politikfelder und -ansätze auch immer wieder zu einer gemeinsamen Strategie und Programmatik zusammengefügt (bzw. in dieser »aufgehoben«) werden. Das ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe, die die Partei DIE LINKE bisher gelöst hat, ohne auseinanderzubrechen. Solche Gefahren fördern jedoch immer auch die Neigung von Führungskräften, Machtstrukturen zu schaffen, die a) die Einheitlichkeit im Handeln der Partei gewährleisten und b) das destruktive Potenzial innerer Kämpfe möglichst begrenzen. Die Gefahren, die damit verbunden sind, hat Robert Michels schon im Jahr 1911 in seiner »Soziologie des Parteiwesens« am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie analysiert und dargelegt. Linksradikal-anarchistische bzw. syndikalistische Strömungen haben daraus abgeleitet, dass die politische Form der Partei und die Fixierung auf den Parlamentarismus abgelehnt werden muss. Dagegen haben die Mehrheitsströmungen in der Arbeiterbewegung stets die Auffassung vertreten, dass gesellschaftliche und politische Machtveränderungen nur durch das Zusammenwirken von sozialen Basis- und Klassenbewegungen und einer starken politischen Partei der Linken durchgesetzt werden können. Allerdings, in einer solchen Partei sollten die Warnungen von Robert Michels lebendig bleiben!

Dazu kommt, dass die Einzigartigkeit der Partei DIE LINKE als Fusion aus der Ex-DDR und Ex-BRD unvermeidlich mit inneren Spannungen konfrontiert wird, die nicht nur bei der Besetzung von Führungspositionen aufbrechen, sondern auch aus unterschiedlichen politischen Kulturen und Biografien notwendig hervorgehen. Die Integrationsleistung, die die Partei dabei vollbracht hat, wird gelegentlich gewürdigt. Das ändert aber nichts daran, dass zunächst einem großen Teil der Mitglieder und Anhänger im Osten die DGB-Gewerkschaften nicht nur aus historischen Gründen fremd sind. Seit

der die Macht des kollektiven Handelns und die Notwendigkeit der Geschlossenheit betont; auf der anderen Seite wird die Linke von vielen Individuen gebildet, die sich für hoch qualifiziert halten, nach Anerkennung streben, leicht verletzlich sind und ein tiefes Misstrauen gegenüber Hierarchien und Führungen haben. Auseinandersetzungen um unterschiedliche Positionen, die ja in der Partei DIE LINKE institutionell anerkannt werden, entarten leicht zu Machtkämpfen bei der Besetzung von Vorstandspositionen und Listenplätzen. Nicht wenige Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, die 2007 der LINKEN beigetreten waren, zogen sich inzwischen enttäuscht zurück, nachdem sie »an der Basis« Machtkämpfe und Intrigen, persönliche Empfindlichkeiten und fraktionelle Auseinandersetzungen bis zum Überdruß erleben mussten.

den frühen 1990er Jahren hatte in ihrer Erfahrungswelt der Kampf gegen die Diskriminierung der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen Hartz IV und gegen Niedriglöhne – also für Arbeit und soziale Gerechtigkeit – höchste Priorität. Die zahlreichen Bürgermeister und Landräte der LINKEN in den neuen Bundesländern leisteten hier oftmals eine großartige Arbeit, die allerdings in der Regel wenig mit Gewerkschaften zu tun hat. Die guten Wahlergebnisse der PDS im Osten waren auch Ausdruck der Tatsache, dass diese Arbeit anerkannt wurde.

Die Gewerkschaften hingegen operieren auf anderen Ebenen. Ihre Tarifpolitik sowie die betriebliche Interessenvertretung auf der Basis des Betriebsverfassungsgesetzes vollziehen sich außerhalb des politischen Systems im engeren Sinne, in der direkten Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital bzw. dem Staat (soweit es um gewerkschaftliche Interessenvertretung im Öffentlichen Dienst geht). Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft werden allerdings politisch reguliert – nicht nur durch die Verfassung (Koalitionsfreiheit, Streikrecht usw.), sondern auch durch die Gesetzgebung im Bereich der Arbeitsverfassung, der Sozialpolitik (Alterssicherung/Renten), der Gesundheits-, Umwelt-, Bildungs- und Kulturpolitik. Mit anderen Worten: »Gute Arbeit« und »gutes Leben« erfordern starke, kampffähige Gewerkschaften und Betriebsräte im Betrieb und auf dem Feld der Tarifpolitik. Zugleich entscheidet ihre Macht und Handlungsfähigkeit auch über die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse. Sie brauchen Bündnispartner im politischen Raum. Lange Zeit hat die SPD diese Rolle im Sinne eines privilegierten Partners der deutschen Gewerkschaften gespielt. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Veränderung vollzogen, die in den Biografien der Initiatoren der WASG schon deutlich geworden ist. Die Partei DIE LINKE wird nur dann einen Beitrag zur Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse leisten können, wenn es ihr gelingt, den Kampf für »gute Arbeit« und »gutes Leben« auf der politischen Ebene zu verstärken und dabei gleichzeitig deutlich zu machen, dass solche Ziele nicht ohne Transformationen im Kapitalismus und über diesen hinaus zu erreichen sind.

Die Erfolge der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) bei den Landtagswahlen vom März 2016 haben die Gewerkschaften wie die Partei DIE LINKE mit einer Herausforderung konfrontiert, die sich auch schon in anderen Mitgliedstaaten der EU mit Wahlerfolgen von rechtspopulistischen, rassistischen, extrem nationalistischen und wohlstandschauvinistischen Parteien manifestiert hat. Diesen Parteien gelingt es immer

wieder, die soziale Frage nach rechts zu verschieben und für sich zu nutzen. Arbeitslosigkeit, sozialer Abstieg, die Spaltung zwischen Armut und Reichtum, das Absinken von Kommunen und Regionen und die daraus erwachsende Empörung über die Verhältnisse wie über die herrschende Politik werden für eine Protestbewegung von rechts instrumentalisiert. Migranten, Flüchtlinge, aber auch »korrupte Politiker« und die »Lügenpresse« sowie immer wieder die Linken, die für offene Grenzen und internationale Solidarität eintreten, werden für die Ängste vor sozialem Abstieg und eigene Ohnmachtsgefühle im Blick auf die Krisen unserer Zeit verantwortlich gemacht. Die Wiedererlangung der nationalen Identität – gegenüber der EU, der »Globalisierung« und der Bedrohung durch fremde Kulturen und Religionen – gilt dabei als Voraussetzung für die Lösung der sozialen Probleme und die Stärkung der »deutschen Identität« (die für einige ihre Blüthezeit in der Zeit zwischen 1933 und 1945 hatte). Die »Säuberung« von Ausländerinnen und Ausländern und die Abwehr von Flüchtlingen wird von Mörderbanden wie dem NSU sowie durch die Inbrandsetzung von Flüchtlingsheimen – begleitet von trunkenem Grölen: »Wir sind das Volk« – exemplarisch vorweggenommen.

Das Problem der LINKEN, aber auch der Gewerkschaften wird durch Teilergebnisse der Landtagswahlen vom März 2016 illustriert: »Stärkste Partei wird die AfD in Sachsen-Anhalt auch unter ›Arbeitern‹ (30%) bzw. unter erwerbstätigen Arbeitern und Arbeitslosen (36%). Auch in Baden-Württemberg wird sie unter erwerbstätigen Arbeitern mit 28% und unter Arbeitslosen (30%) stärkste Partei. Ebenfalls überdurchschnittliche Stimmenanteile erhält sie von WählerInnen mit Haupt- und vor allem Realschulabschluss, unterdurchschnittlich von Abiturienten und Studierenden.«¹¹ Auch die Gewerkschaften tragen für diese Entwicklung Verantwortung; denn ihre Führungsgruppen halten sich in der Auseinandersetzung mit dem neuen Rechtspopulismus und Rassismus deutlich zurück – u. a. auch deshalb, weil sie fürchten, dass sie die Kolleginnen und Kollegen »an der Basis«, in den Betrieben nicht mehr erreichen. Gerade dort – vor allem in den Betriebsräten – gibt es immer weniger politisch bewusste Sprecher der Linken, die in der Lage und bereit sind, die betriebliche Interessenvertretung mit dem Kampf gegen die Macht des Kapitals und gegen die neue Gefahr des Rechtspopulismus und Neofaschismus zu verbinden. Die Generation derjenigen Funktionäre, die – auch nach 1945 – politisch durch die Organisa-

¹¹ Horst Kahrs, Eine erneute Zäsur im Parteiensystem, in: Sozialismus 4/2016, S. 5.

tionen des linken Flügels der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sozialisiert waren, ist längst »ausgestorben« bzw. hat nach 1991 nur noch wenige Nachfolger gefunden. In den Gewerkschaften hat gleichzeitig die Entpolitisierung der Interessenvertretung in der Folge der Konzentration auf das sogenannte Kerngeschäft (Tarifpolitik, Betriebsratsarbeit, Mitgliederwerbung) ebenso zu einer Entpolitisierung beigetragen wie der Rückzug auf dem Feld der politischen Bildungsarbeit, die einen Beitrag zum politischen bzw. zum Klassenbewusstsein der Mitglieder und Funktionäre zu leisten vermag. Die Hilflosigkeit gegenüber den Herausforderungen durch den Rechtspopulismus, Rassismus und Nationalismus – und seiner Wirkung auf das Denken erheblicher Teile der Lohnabhängigen, der Arbeitslosen und der Gewerkschaftsmitglieder – ist auch eine Folge dieser Entwicklung.

Auf der anderen Seite gibt es in den DGB-Gewerkschaften – auch im Bereich der Jugend – immer noch linke Kräfte, die die Losung »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« als Auftrag an die Gewerkschaften als Gegenmacht begreifen und die in der Lage sind, diesen Auftrag mit den Handlungsbedingungen der Gewerkschaften in die Gegenwart zu verbinden. Sie kooperieren mit sozialen Bewegungen, die sich der neuen Rechten in den Weg stellen. Für die Partei DIE LINKE ist es geradezu zu einer Existenzfrage geworden, inwieweit es ihr gelingen wird, den Einfluss der Rechten auf Lohnabhängige, prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Hartz IV-Empfänger und andere marginalisierte Gruppen der Gesellschaft zurückzudrängen, d.h. die soziale Frage als Klassenfrage von links, in der Perspektive der Kritik des Neoliberalismus und der Transformation und Überwindung des Kapitalismus sowie der Erweiterung der Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft zu politisieren. Sie darf den Blick auf die »Arbeiterklasse« aber nicht auf deren Randschichten verengen, sondern muss daran arbeiten, in den Kernbereichen der gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen in Industrie und Dienstleistungen als politische Interessenvertretung akzeptiert zu werden. Dabei muss die LINKE als Teil eines gegenhegemonialen Blocks agieren, zu dem Teile der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen, aber – in der Auseinandersetzung mit dem neuen Rechtspopulismus und Faschismus – auch Kräfte aus den demokratischen Parteien, insbesondere der SPD, gehören.

Marburg, April 2016